



Mittwoch, 22. Mai 2024, 16:00 Uhr
~12 Minuten Lesezeit

Das falsche Geschichtsbewusstsein

Deutschland hält auch angesichts schlimmer Gräueltaten an seiner israelfreundlichen „Staatsräson“ fest, ignoriert jedoch die Verdienste russischer Soldaten.

von Evelyn Hecht-Galinski
Foto: Mo Photography Berlin/Shutterstock.com

Der diesjährige Holocaust-Gedenktag gibt in besonderem Maße zu kritischer Selbstprüfung Anlass.

Das gilt für Israel wie auch für Deutschland. Während im Gazastreifen das Morden weitergeht und Deutschland nicht nur zuschaut, sondern den Tätern auch noch mit Waffenlieferungen unter die Arme greift, werden in dem Land, das sich besonders viel auf seine Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit zugutehält, Kritiker dieser Nahostpolitik mundtot gemacht. Ebendiese Achtsamkeit gegenüber den Verbrechen früherer Generationen der Deutschen scheint jedoch wie weggeblasen zu sein, wenn es um ein angemessenes Gedenken an russische Opfer geht. Wieder einmal wurde an das Ende des Zweiten Weltkriegs erinnert, ohne dass man einen der unentbehrlichen Befreier angemessen würdigte: Russland.

Als im „jüdischen Staat“ am Montagmorgen im ganzen Land die Sirenen ertönten, kam das Land für zwei Minuten zum Stillstand, um den Holocaust-Gedenktag zu begehen und die Opfer zu ehren. Es ist diese Scheinheiligkeit, die so fassungslos macht, wenn etwa zur gleichen Zeit der israelische „Kriegsminister“ Joaw Gallant mit seinem US-Kollegen Lloyd Austen telefoniert und diesem erklärt, dass die Raffah-Offensive „unausweichlich“ sei. Tatsächlich ist genau diese Offensive ein weiterer Schritt in die „Endlösung“ des laufenden Gaza-Genozids. Diese Eskalationsstufe exakt am Nationalen Holocaust-Gedenktag ist ein weiterer wohl durchdachter Schachzug in dieser schrecklichen Propaganda-Inszenierung des Netanjahu-Regimes. Schließlich läutete diese Zeremonie Israels ersten Holocaust-Gedenktag seit dem Hamas-Angriff vom 7. Oktober 2023 ein.

Ursprünglich eingeläutet wurde diese Zeremonie bereits am Sonntag, als Netanjahu an die Staatschefs der Welt, die ein Ende des Krieges forderten und kritische Worte angesichts des israelischen Vorgehens in Gaza vorbrachten, in seiner „unnachahmlichen“ Art die Botschaft richtete: „Wenn Israel gezwungen wird, allein zu stehen, wird Israel allein stehen.“ Zwar sei er offen für ein Abkommen, die fast sieben Monate andauernden Kämpfe zu unterbrechen, um die von der Hamas festgehaltenen Geiseln zurückzuholen, werde aber trotz des internationalen Widerstands an der Rafah-Invasion festhalten:

„Ich sage den Führern der Welt; Kein noch so großer Druck, keine Entscheidung eines internationalen Forums wird Israel davon abhalten, sich zu verteidigen.“

„Nie wieder ist jetzt“

Jeder, der mit Netanjahus „Geschichtsinterpretation“ vertraut ist, sollte nicht auf seinen jüngsten lächerlichen Vergleich zwischen den propalästinensischen Protesten amerikanischer Universitäten und den deutschen Universitäten in den 1930er Jahren im Vorfeld des Holocaust hereinfliegen. Er verurteilte die „Explosion eines Vulkans des Antisemitismus, den der kochende Vulkan mit Lava von Lügen gegen uns in der Welt ausspuckt“. Übrigens haben sich diese wichtigen Proteste, von Paris, London, Amsterdam, Gent, Australien und der HU Berlin, über die ganze Welt ausgebreitet. Es war eine Kampfrede, die nicht dem Gedenken, sondern Netanjahus hasserfüllter Gedankenwelt entsprungen war.

Wie hatte die *Jewish Voice for Peace* zum offiziellen Holocaust-Gedenktag geschrieben:

„Kurz vor dem internationalen Holocaust-Gedenktag werden wir mit

einer verheerenden Wahrheit konfrontiert. Was wir geschworen haben, ‚nie wieder‘ zuzulassen, geschieht genau jetzt. Heute ist der Gazastreifen nur noch eine Hülle seines früheren Seins. Eine der schlimmsten Wahrheiten des Holocaust ist, dass solche Gräueltaten geschehen können. Es ist durchaus möglich, dass ein Völkermord verübt wird, während die Welt zuschaut, und es ist mehr als einmal passiert, seit die Welt geschworen hat, ‚nie wieder‘. So führt der israelische Staat einen Krieg gegen die gesamte Zivilbevölkerung von Gaza. Die Beweise sind eindeutig. Und das Ergebnis? Das israelische Militär hat in Gaza proportional mehr Zerstörung angerichtet als die alliierten Bombenangriffe in Deutschland im Zweiten Weltkrieg. Es ist klarer als je zuvor. Das Endspiel des Zionismus ist die totale Zerstörung des palästinensischen Lebens.“ (1)

Wie schrieb der Professor für Holocaust-Geschichte an der Hebräischen Universität in Jerusalem und Holocaust-Gelehrte, Amos Goldberg, in *The Palestine Project*: „Ja es ist Völkermord“ (2)(3) Israel begeht „zweifelloser“ Völkermord. Der israelische Forscher argumentiert, dass die Geschehnisse in Gaza nicht dem Holocaust ähneln müssen, um als Völkermord zu gelten. Dazu der Holocaust-Überlebende Stephen Kapos:

„Israel manipuliert die Erinnerung an den Holocaust, um seinen ‚Völkermord‘ in Gaza zu verschleiern.“ (4)

Schon Zionistenführer David-Ben Gurion schrieb 1937 an seinen Sohn:

„Ein jüdischer Teilstaat ist nicht das Ende, sondern der Anfang. Wir werden die Araber vertreiben und ihren Platz einnehmen (...) mit der uns zur Verfügung stehenden Kraft.“

Zwölf Jahre später, nun an der Spitze des neu gegründeten Staates Israel, sagte Ben Gurion Berichten zufolge zu seinen Beratern, dass es für die zukünftigen Grenzen des neuen Staates „keine wirklichen

Grenzen gäbe“ (5).

Existenzrecht für einen völkermordenden Staat?

Wohin der Expansionsdrang eines „jüdischen Staates“ geführt hat, dass erleben wir jetzt schon seit Jahrzehnten – weder zu einem Palästinenserstaat noch zu einem friedlichen Zusammenleben zwischen Juden und Palästinensern. Je mehr Widerstand die einheimische kolonisierte Bevölkerung leistet, desto brutaler wird der Kolonisator. Die faschistische Elite kann keinen Widerstand seitens der einheimischen Palästinenser tolerieren (Haidar Eid) (6).

Nachdem am Montagabend die Hamas einen von den katarischen und ägyptischen Vermittlern vorgeschlagenen Waffenstillstandsplan für den Gazastreifen akzeptiert hatte, erklärte das Büro Netanjahus, der Vorschlag sei weit entfernt von Israels Forderungen, er werde jedoch eine Delegation zu den Gesprächen nach Kairo schicken. Gleichzeitig setzte die IDF die Angriffe gegen Rafah verstärkt fort, nachdem Zehntausende Palästinenser mit Flugblättern zur Evakuierung aufgefordert waren. Wohin sollen diese erneut vertriebenen Palästinenser eigentlich noch fliehen, bei diesem „Katz und Maus“ Spiel, ohne sicheres Schutzgebiet und mit verheerenden Folgen? Am Dienstag haben israelische Panzer den Grenzübergang Rafah eingenommen, nachdem sie in der Nacht vorgerückt waren, während ihre Kampfflugzeuge Wohnhäuser bombardierten und Menschen töteten.

Wie also kann eine deutsche Regierung verlangen, dass ein Staat, für den es „keine Grenzen gibt“, in seinem „Existenzrecht“ anerkannt wird und zudem eine „Staatsräson“ für dessen Sicherheit und eine uneingeschränkte Unterstützung aufrechterhalten

wird?

Wer sich diesem Diktat nicht beugen will, wird keine Staatsbürgerschaft erlangen. Und deutsche Staatsbürger, die sich weigern, diese Art von schändlicher Politik mitzutragen, haben damit zu rechnen, Repressalien zu erleiden.

Israel auf die Terrorliste setzen!

Mit dem Verbot der palästinensischen Hilfsorganisation Samidoun und der Hamas begann ein schrecklicher Prozess von antipalästinensischen Kampagnen. Dieser Politik ist mit aller Macht zu widersprechen. Nicht diese Organisationen müssen auf Terrorlisten gesetzt werden, sondern es ist der israelische Staatsbesatzungsterror, der diese Widerstandsgruppen hervorbrachte. Also wieder einmal werden Ursache und Wirkung verwechselt.

Auch die Entscheidung Israels, die Büros des Senders *Al Jazeera* zu schließen, zielt darauf ab, eine Stimme der Freiheit zum Schweigen zu bringen, die Israels Verbrechen im Gaza-Krieg aufgedeckt hat. Dieses von Israel erlassene Verbot stieß auf internationale Kritik. Der Deutsche Journalisten-Verband forderte, die Maßnahmen unverzüglich zurückzunehmen. Wer also kann hier noch von „israelischer Demokratie“ sprechen, nach diesem weiteren undemokratischen Eingriff in die Pressefreiheit? Unverständliche Doppelstandards der Ampel-Regierung: während die *Al-Jazeera*-Schließung kritisiert wird, wird das RT-Sendeverbot begrüßt. Wieder einmal zeigt sich hier die Verlogenheit der deutschen Politik (6)(7).

Ermutigend ist derweil, dass die globale Unterstützung für Gaza und die Palästinenser weiter wächst. Nochmals zur Erinnerung: Der Palästina-Kongress „Wir klagen an“ in Berlin wurde kurz nach

Beginn aufgelöst – mit Polizeigewalt beendet. Videobotschaften und Reden wurden gestoppt und verboten. Deutschland versucht, Zeugen „zum Schweigen“ zu bringen. Dr. Abu Ghassan Sitta, einem renommierten palästinensischen Chirurgen, wurde nach dem Einreiseverbot nach Deutschland auch in Frankreich die Einreise verwehrt, nachdem ihm die französischen Behörden mitgeteilt hatten, dass ihm die Einreise in alle EU-Mitgliedstaaten verwehrt werde; er wurde in ein Flugzeug zurück nach Hause gesetzt.

Dieser grandiose und heldenhafte Chirurg, der als Freiwilliger für *Ärzte ohne Grenzen* 44 Tage im Gazastreifen tätig war, arbeitete in Krankenhäusern im Kriegsgebiet und wurde Zeuge des eklatanten israelischen Völkermords. Gegenüber Al Mayadeen erklärte er, dass der Hauptgrund, warum ihm die französischen Behörden die Einreise verweigerten, darin bestand, ihm den Zugang zum Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag zu verwehren. Er sollte dort mit den Behörden des Strafgerichtshofs sprechen, der Berichten zufolge die Ausstellung von Haftbefehlen gegen israelische Kriegsverbrecher, darunter Premier Netanjahu, prüft. Abu Sitta wies auf den politischen Druck hin, dem der IStGH seitens des US-Kongresses, der Biden-Regierung und der europäischen Regierungen ausgesetzt ist.

Deutschland ins internationale Abseits manövriert

Auch Annalena Baerbock war von Netanjahu angerufen worden, wie gut unterrichtete Kreise berichteten. Die Nervosität in Israel und speziell bei Netanjahu wächst, angesichts einer Anklage vor dem Strafgerichtshof. Dabei befindet er sich mit „Unterstützer-Freund“ Deutschland wegen dessen Waffenlieferungen in bester Gesellschaft. Zu erwähnen gilt es, dass Abu Sitta trotz Einreiseverbot per Videokonferenz an einer Sitzung des

französischen Senats teilnahm, wo er über den Zustand der Krankenhäuser und andere Kriegserlebnisse berichten konnte. Ich empfehle interessierten Lesern: Kaufen Sie die *junge Welt* (jW) vom 8. Mai mit einer Beilage und Veranstaltungen zu aktuellen Angriffen auf Grundrechte (9).

Deutschland und sein Versuch, die totale Herrschaft über Meinungshoheit und das Versammlungsrecht zu übernehmen, zeugt vom Verrat aller in der Verfassung stehender „Werte“.

Mit einem fragwürdigen Vorgehen gegen Kritik an Israel und dem Versuch, alle pro-palästinensischen Stimmen zum Schweigen zu bringen, hat sich Deutschland ins internationale Abseits gestellt. Es gibt nichts zu gewinnen, aber viel zu verlieren.

Im Kampf gegen die AfD und rechte Tendenzen hat sich Deutschland völlig verrannt in der Unterstützung des israelischen Völkermords. Seit dem Hamas-Vorgehen am 7. Oktober 2023 ist die freie Meinungsäußerung aller, die sich gegen den Völkermord in Gaza wehren und mit Palästina solidarisieren, nochmals massiv eingeschränkt worden. Das trifft nicht nur Palästinenser und jüdische Unterstützer und Aktivisten, sondern auch muslimische Gemeinden, die über einen Anstieg von Hassverbrechen klagen – seit der Eskalation des Israelischen Kriegs in Gaza, ausgelöst durch einseitige Medienberichterstattung und Propaganda rechtsextremer Politiker. Sogar die Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* hat angesichts der alarmierenden Zunahme rassistischer Angriffe und Hassverbrechen die deutschen Behörden aufgefordert, stärker gegen antimuslimischen Rassismus vorzugehen. 51 Prozent deutscher Befragter wollen keine muslimische Einwanderung.

Nichts ist unchristlicher, als Menschen

in Not zurückzuweisen

In diesem Zusammenhang ist es mehr als unglaublich, wenn der wiedergewählte CDU-Vorsitzende Friedrich Merz auf dem CDU-Parteitag mit einem „unchristlichen“ Grundsatzprogramm von demokratischen Werten und deutscher „Leitkultur“ fabuliert, nachdem die Vertreter beider großen Kirchen den Migrationskurs der CDU zusammen mit 700 Kirchenleuten als „unchristlich“ zurückwiesen: „Nichts ist unchristlicher, als Menschen in Not zurückzuweisen.“

Wenn die deutsche Regierung wirklich meint, mit ihrer pro-jüdisch-israelischen Haltung ihre „demokratischen Werte“ zu beweisen und mit Aufrufen zu Demonstrationen gegen „Rechts“ das nochmals zu untermauern, dann ist das nicht zu unterstützen, denn es ist heuchlerisch verlogen. Demokratie lebt von Meinungsfreiheit, Versammlungs- und Demonstrationsrecht, sowie Pressefreiheit. Das beinhaltet eben auch die gegensätzlichen Meinungen zu dulden und gegenüberzustellen. Nicht aber diese zu unterdrücken, wie es mittlerweile politisch und medial mit allen Konsequenzen durchgezogen wird, zum Schaden der Demokratie und des mündigen Bürgers. Was heißt schon gegen „Rechts“, wenn man sich nicht scheut mit faschistisch geprägten Regierungen zu kooperieren?

Was ist aus dem verfassungsrechtlich garantierten Recht auf Meinungs- und Demonstrationsfreiheit geworden, wenn es mit Gewalt verhindert wird? Sind das die vielgepriesenen „Säulen des Grundgesetzes“? Wir brauchen keinen bundesweiten „Aktionstag“ für die Meinungsfreiheit, wie ihn BW-Innenminister Strobl CDU vorschlug, sondern eine gelebte Meinungsfreiheit, die für JEDEN gelten muss! Totale Herrschaft über die Meinungsfreiheit und das Versammlungsrecht erzeugt Gegenwehr.

Den 8. Mai zum gesetzlichen Feiertag machen!

Lassen Sie mich diesen Kommentar nicht schließen, ohne des 8./9. Mai, des Tags der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht zu gedenken und der Befreiung vom Faschismus und Nazi-Deutschland, einem terroristischen Regime, das beispiellose Verbrechen beging. Wann endlich wird dieser Tag ein gesetzlicher Feiertag in ganz Deutschland und nicht nur in Berlin, wie für 2025 ein Gesetzentwurf des Berliner Senats auf den Weg gebracht wurde. Das wäre das Gebot der Stunde, angesichts der Tatsache, dass wir mit einer Hasspolitik gegenüber Russland am Rande eines Dritten Weltkriegs stehen.

Erneut plant die Ampelregierung keine Gedenkveranstaltungen, bei denen der Befreier, besonders aber der sowjetischen, und der von Deutschen im Krieg 27 Millionen Getöteten gedacht wird. Allein mit „unseren“ Verbündeten von EU und NATO zu gedenken, ist eine erneute Geschichtsklitterung.

Es gibt ein Flaggenverbot am Tag der Befreiung und des Sieges an den Ehrenmalen in Berlin. Dieses Verbot gab es schon 2022 und 2023, begründet mit dem russischen Angriff auf die Ukraine. Während 2022 auch ukrainische Flaggen verboten waren, sind diese jetzt erlaubt. Also bleiben uns nur Blumen! „Wer die Fahne des Siegers verbietet, stellt sich auf die Seite des Verlierers, also des Hitlerfaschismus“, beschwert sich Gerhard Langguth, Sohn des Widerstandskämpfers. Auch das berühmte Ernst-Busch-Lied „Der heilige Krieg“ dürfte nach Ansicht von Langguth nicht verboten werden (ND) (10) (11).

Es ist ein mehr als ungutes Zeichen, wenn Baerbock gerade vor diesem Datum den deutschen Botschafter Alexander Graf

Lambsdorff zu „Konsultationen“ aus Moskau zurückrufen lässt, wegen „vermutlicher“ aber unbewiesener Cyberangriffs-Anschuldigungen gegen Russland. Es ist ein bedauerliches Zeichen, dass der deutsche Botschafter Lambsdorff der Vereidigung der fünften Amtszeit Putins nicht beiwohnte, im Gegensatz zu Frankreich, das diese wichtige Zeremonie nicht boykottierte. Während viele Staaten die Amtseinführung boykottieren, planen andere Länder, eine Delegation zu entsenden, um den Dialog aufrechtzuerhalten. Deutschland und andere EU-Staaten wie das Baltikum(!) halten den Angaben nach eine Teilnahme an Putins Amtseinführung jedoch angesichts des russischen Überfalls auf die Ukraine für unpassend. Schade, wieder ein mehr als bedauerliches Zeichen deutscher „feministischer“ Außenpolitik.

Das gilt ebenso für die Tatsache, dass sich Kanzler Olaf Scholz gerade jetzt zu einem Besuch in Litauen an der „Ostflanke“ befindet und von dort zum Truppenübungsplatz an der Grenze zu Belarus fuhr, und deutsche Bundeswehrsoldaten bei ihrer Nato-Manöver-Übung „Steadfast Defender“ würdigte, als „größte Verteidigungsübung der Nato, um damit auch die Entschlossenheit zu beweisen, unser Nato-Territorium zu verteidigen“. Was für eine „Zeitenwende“!

Keine Orden fürs Morden!

Auch „Kriegstüchtigkeits“-Minister Pistorius von der SPD ist auf Reisen. Er wird am Dienstag eine Rede vor Vertretern des American Jewish Committee halten. Was er diesen Lobbyisten wohl erzählen will? Am Mittwoch trifft er UN-Generalsekretär Antonio Guterres. Danach steht ein Besuch beim US-Rüstungsunternehmen Boeing an. Schließlich geht es noch zu „Kriegskollegen“ Austin in die USA und Justin Trudeau in Kanada. Alles im Dienst des militärischen Engagements Deutschlands in „Kriegsgebieten“ und der Lage in der

Ukraine.

Brauchen wir wirklich einen nationalen Gedenktag für Bundeswehr-Veteranen, den der Bundestag beschloss und der am 15. Juni jährlich begangen werden soll. Wir brauchen und wollen weder eine „deutsche Kriegstüchtigkeit“ noch eine „Blut-und-Ehre-Mentalität um deutsche Soldaten“. Keine Orden fürs Morden (12)!

Nie wieder Krieg und nie wieder Faschismus, auch nicht die neue alte Freundschaft mit ehemaligen Verbündeten, mit denen wir schon einmal auf der falschen Seite der Geschichte standen.



Evelyn Hecht-Galinski, Tochter des ehemaligen Zentralratsvorsitzenden der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, ist Publizistin und Autorin. Ihre Kommentare für die **NRhZ** schreibt sie regelmäßig vom „**Hochblauen** (<http://sicht-vom-hochblauen.de/>)“, dem 1.165 Meter hohen „Hausberg“ im Badischen, wo sie mit ihrem Ehemann Benjamin Hecht lebt. 2012 kam ihr Buch „Das elfte Gebot: Israel darf alles“ heraus. Am 28. September 2014 wurde sie von der **NRhZ** mit dem vierten „Kölner Karls-Preis für engagierte Literatur und Publizistik“ ausgezeichnet.